Nr. 291 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 8

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
B erteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,70 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 9. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Spa am 5. Juli?

Spa am 5. Juli.

Brüssel, 8. Juni. Havas meldet, daß, nachdem Millerand der Verschiebung der Konferenz in Spa zugestimmt habe, diese nunmehr am 5. Juli stattfinden werde. Ihr wird eine Sonderkonferenz der Premierminister der alliierten Staaten in Brüssel vom 2. bis 4. Juli vorangehen.

Paris, 8. Juni. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps" mitteilt, wird Lloyd George jedenfalls am 20. Juni nach Paris kommen, um mit Millerand verschiedene Punkte des Problems der deutschen Entschädigung vor der Konferenz von Spa zu besprechen.

Die internationale Finanzkonferenz.

Paris, 8. Juni. Nach dem „Daily Chronicle" wird die internationale Finanzkonferenz in Brüssel frühestens am 25. Juli zusammentreten.

Paris, 8. Juni. Havas. Die alliierten Regierungen sind gestern offiziell benachrichtigt worden, daß Amerika an der Finanzkonferenz in Brüssel teilnehmen werde.

Abstimmung in Westpreußen am 11. Juli.

Marienwerder, 9. Juni. Die „Neuen Westpreußischen Mitteilungen" melden: Wie uns die Interalliierte Kommission Marienwerder mitteilt, finden die Volksabstimmungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet am 11. Juli statt.

Lodge über Völkerbund und Friedensvertrag

Chikago, 8. Juni. (Reuter.) Der Republikanische Konvent wurde heute eröffnet. Der zeitweilige Vorsitzende Senator Lodge verteidigte die Haltung der Opposition des Senats in der Frage des Friedensvertrags. Es sei ein Staatenbund und kein Völkerbund, was Wilson aus Europa nach Amerika gebracht habe. Das Volk müsse jetzt seinen Urteilsspruch fällen. Lodge erklärte weiterhin, es sei Zeit, daß die Vereinigten Staaten Mexiko gegenüber eine feste Haltung einnehmen. Wenn Mexiko einen starken, aufrechten Mann wähle, der den Vereinigten Staaten freundlich gegenüberstehe und entschlossen sei, die Ordnung herzustellen, dann würden die Vereinigten Staaten ihn aufrichtig und von ganzem Herzen unterstützen.

Konsul Wustrows Tod.

Die Reutermeldung, daß sich Konsul Wustrow selbst das Leben genommen hat, scheint nicht mit den Tatsachen übereinzustimmen. Stabsarzt Dr. Schütz meldet unter dem 6. Juni:

„Deutscher Konsul Wustrom ist am Donnerstagmittag (3. 6. 1920) durch eine von außen abgefeuerte Flintenkugel tödlich getroffen worden und sofort verschieden. Ich habe die Konsulatsgeschäfte übernommen."

Das Deutsche Reich verliert in Wustrow seinen letzten Konsul in ganz Asien. Die persische Regierung sprach der deutschen Regierung ihr Bedauern über den Vorfall aus.

Aus Kreisen der deutsch-persischen Gesellschaft wird uns hierzu geschrieben:

Die Wahnsinnstat angeblicher Demonstranten in Täbris widerspricht derartig gerade den persischen Interessen, daß an die Arbeit von agents provocateurs gedacht werden muß. In Täbris war eine Partei am Ruder, die sich gegen die Teheraner Zentralregierung wegen deren Zusammengehens mit England auflehnte. Türkische und rotrussische Truppen rückten gegen Persien vor. Das Gegebene für die Täbriser Lokalregierung war eine Verständigung mit Türken und Rätetruppen. Statt dessen machte sich in der letzten Zeit aus noch unaufgeklärten Gründen eine Feindschaft gegen Türken und Russen bemerkbar. Unter den Flüchtlingen im deutschen Konsulat sollen sich nun Personen befunden haben, die den türkischen Nationalisten nahezustehen beschuldigt waren und infolge dauernder Verdächtigungen und Verfolgungen ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Sie glaubten im deutschen Konsulat um so eher geborgen zu sein, als vor nicht langer Zeit gerade ihre politischen Widersacher ebendort Asyl gefunden hatten. Dies nach persischem Herkommen heilige Asyl anzugreifen ist ein um so größerer Wahnsinn, als damit, wenn wirklich Freunde der Türken und Räterusson sich in diesem Asyl befunden haben, die blutige Rache der anrückenden Türken, Kurden und Russen heraufbeschworen wird.

•

Amsterdam, 8. Juni. „Times" berichtet aus Teheran: Um eine Wiederholung unerwünschter Zwischenfälle zu vermeiden, hat die englische Regierung die englischen Truppen von Rescht nach Mendschil zurückgezogen; eine bolschewistische Streitmacht in Stärke von 300 Mann ist in Rescht eingerückt.

Die U.S.P. will Helfferich!

Aeußerungen Dr. Breitscheids.

Der in Niederbarnim neugewählte Abgeordnete der Unabhängigen, Dr. Rudolf Breitscheid, erklärte einem Mitarbeiter der „Neuen Berliner", seine Partei werde sich auf keinen Fall an der Bildung einer Regierungskoalition beteiligen. Er schloß seine Erklärung mit den Worten:

An dem Vorwurf, daß wir durch unsere Abstinenz das Zustandekommen einer rein bürgerlichen Regierung förderten, tragen wir leicht. Um der Klarheit willen ist uns eine rein bürgerliche Regierung lieber als eine, die hinter sozialdemokratischen Kulissen bürgerliche Politik treibt. Wir fassen unsere Aufgabe anders auf. Man wird sich eben allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß wir, wenn wir auch ins Parlament hineingehen, keine parlamentarische Partei im Sinne der übrigen Parteien sind.

Für die Unabhängigen wäre es nach ihrer ganzen Geschichte natürlich ein ungeheuer schwerer Entschluß, die agitatorisch rorteilhafte Rolle der Kritiker aufzugeben und sich an der positiven Arbeit zu beteiligen. Daß sie sich zu diesem Entschluß aufraffen werden, erwarten wir nicht. Trotzdem bleibt es unsere Pflicht, sie auf die Folgen ihres rein negativen Verhaltens, durch das die ganze Macht in die Hände der äußersten Reaktion gespielt wird, aufmerksam zu machen und für die Zukunft die Verteilung der Verantwortlichkeiten festzusetzen.

Wir hatten für die Wahlen die Parole ausgegeben „Der Feind steht rechts!", getreu unserer Politik, der es gelungen war, die Reaktion fast zwei Jahre lang von der Macht fernzuhalten. Das Ergebnis der unabhängigen Wahlerfolge aber ist eine derartige Stärkung der Reaktion, daß die Unabhängigen selbst keinen anderen Weg sehen als den, ihr zunächst wieder einmal die ganze Macht in die Hände zu legen: ein Erfolg, den sich die Arbeiterwähler, die einen unabhängigen Stimmzettel in die Urne legten, wohl nicht träumen ließen.

Wir geben zu, daß die Ueberlassung der Regierung an Helfferich-Stresemann vom Standpunkt der Unabhängigen aus nur konsequent ist. Aber was ist das für eine Politik, die zu solchen Konsequenten führt!

„Die Sieger haben das Wort."

Dr. Petersen über den Wahlausfall.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen schreibt in der parteiamtlichen Korrespondenz:

Enttäuschung und Kummer über das Schicksal unseres Volkes im Kriege, Empörung und Zorn über seinen Abschluß, Sorgen und Aerger bei seinen Folgen sind parteipolitisch zum Kampf gegen die Parteien ausgenutzt worden, die aus dem Zusammenbruch heraus die Regierung gebildet haben. So beherrschte den Wahlkampf auf seiten der Opposition von rechts und links Kritik und nochmals Kritik, Zusammenschluß zum Negativen, nicht zum Positiven. Das Ziel der Oppositionsparteien ist erreicht: die für die bisherige Koalitionsregierung erforderliche Mehrheit ist zerstört. Jetzt haben die Sieger das Wort!

Bei dem Standpunkt der Unabhängigen, Koalitionen mit nichtsozialistischen Parteien abzulehnen, wird nur die Rechte in Frage kommen. Sie soll nun zeigen, welche Koalitionsmehrheit sie bilden, welche Politik sie mit ihr führen wird. Es wird uns interessieren, wie sie nach ihren Erklärungen im Wahlkampf Koalitionen aus mehreren Parteien bilden und gleichzeitig Kompromisse ablehnen wird. Der Vorstand unserer Partei wird unverzüglich zusammentreten. Die Parteifreunde sollten sich in ihren Aeußerungen Zurückhaltung auferlegen. Was einzelne Mitglieder jetzt glauben äußern und urteilen zu sollen, ist als persönliche Ansicht zu werten. Auch auf dem Gebiete der Politik gilt jetzt im besonderen Maße: Ein Gefäß ist leichter entzweizuschlagen, als ein neues, gleichwertiges zu beschaffen.

•

Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei tritt am Donnerstagnachmittag 3 Uhr in Berlin in der Reichsgeschäftsstelle, Köthener Str. 35, zusammen, zur Beratung über die durch die Wahlen geschaffene Lage.

Die französischen Beamten bleiben bei der C. G. T. Der Exekutivausschuß der Gewerkschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten hat in einer Versammlung beschlossen, trotz der ministeriellen Aufforderung den wirtschaftlichen Organisationen der C. G. T. treu zu bleiben.

Regierungsbildung und Auslandspolitik.

Vor einigen Tagen teilte die „Berliner Volkszeitung" mit, daß die in einem Kartell vereinigten pazifistischen Vereine im Hinblick auf die Wahlen einen Fragebogen an sämtliche Parteileitungen gerichtet hatten mit der Bitte, sich darüber äußern zu wollen, ob sie die Revision des Versailler Friedensvertrages nur auf dem Wege der Verhandlungen erstrebten, und daß allein die Vorstände der S. P. D., der U. S. P. und der Demokratischen Partei diese Frage bejaht hätten.

Weder die Deutsche Volkspartei noch die Deutschnationalen hatten auf das Rundschreiben reagiert, aber in diesem Falle ist man besonders berechtigt zu behaupten, daß keine Antwort auch eine Antwort ist.

Was das Zentrum anbelangt, so mag seinem Schweigen ein Versäumnis zugrunde liegen, denn von der Partei, die seinerzeit in Weimar als erste und einzige bürgerliche Partei fast geschlossen unter Führung Erzbergers für die Unterwerfung unter das Siegerdiktat eingetreten ist, müßte man annehmen, daß gerade sie die Konsequenzen aus ihrem damaligen schrittmachenden Schritte gezogen und die Hoffnung auf eine gewaltsam herbeigeführte Aenderung der Friedensbedingungen weit von sich weist. Alle wissen jedoch, daß die göttliche Sendung des Zentrums in diesem Erdenwallen darin besteht, gelegentlich auch anders zu können und dieselben frommen Herren, die in der Befolgung der Brüderlichkeitslehre Jesus manchmal so weit gehen, daß sie sich als Separatisten und Föderalisten in die Arme Mangins werfen, wie P. Frohberger und Kastert, oder gar in die Arme Fochs, wie der gefährliche Demagoge Dr. Heim einst unter Führung des Trimborn-Spahnschen Leiborgans, der „Kölnischen Volkszeitung", den rücksichtslosen U-Boot-Krieg gepredigt und die Annexion der flandrischen Küste verlangt haben.

Die nach der voraussichtlichen Ablehnung der Unabhängigen, eine Linksregierung durch ihren Eintritt in die Koaliton zu ermöglichen, kaum zu vermeidende Koalitionsregierung der Rechtsparteien mit dem Zentrum wäre zumindest theoretisch einem Revanchekrieg nicht abgeneigt. Schon aus diesem Grunde kommt eine Koalition für die Sozialdemokratie mit einer dieser von der „Täglichen Rundschau" patronierten Parteien gar nicht in Betracht.

Wir wissen zwar ganz genau, ebenso genau wie die Herren Hergt und Stresemann selbst, daß diese Revanchestimmung der Rechtsparteien praktisch wenig zu bedeuten hätte, sobald sie die Verantwortung für die Geschicke des Reiches zu tragen hätten. Als haßerfüllte Opposition hat die Rechte seit dem Waffenstillstand keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zum äußersten Widerstand gegen die Forderungen der Sieger in kraftstrotzenden Reden und Artikeln aufzufordern — als verantwortliche Regierende aber würden sie genau so gehandelt haben, wie die angeblich jeder nationalen Würde bare Koalitionsregierung. Sie hätten sich unter die Sühneforderungen für Scapa Flow, so ungerecht und hart sie auch gewesen sein mögen, gebeugt, sie würden das Verlangen der Entente nach Zurückziehung der meuterischen Goltz-Truppen aus dem Baltikum ebenfalls erfüllt haben, sie würden ebenso machtlos wie wir der unmenschlichen Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich gegenüber dagestanden haben. Und wenn nächstens der neue volksparteiliche Abgeordnete für Leipzig, Freiherr von Lersner, — der, nebenbei bemerkt, allen seinerzeitigen Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation als ein Schlappschwanz und Kratzfüßler ärgster Sorte gegenüber französischen Polizeikulis und obendrein noch als eine sehr mäßige Intelligenz bekannt war — wenn derselbe Herr von Lersner, dessen ungezogene disziplinlose Geste bei der Ueberreichung der Auslieferungsliste seinerzeit als „befreiende Tat" von der Rechtspresse gefeiert wurde, Reichsminister des Aeußern wäre und eine neue Drohnote der Alliierten wegen zu langsamer Behandlung der Kriegsverbrecherfälle durch das Leipziger Reichsgericht erhielte, dann würde er genau wie Müller und Köster den Weg der Verhandlungen beschreiten und alle kriegerischen Redensarten als verbrecherischen Irrsinn, alle leeren „heroischen" Gesten als gemeingefährliche Hanswurstiaden betrachten.

Der einzige Unterschied würde darin bestehen, daß die Sozialisten als Opposition von der Unmöglichkeit, anders zu handeln, überzeugt, in aufrichtigem nationalen Schmerz die Lage der Regierung den Siegern gegenüber zu erleichtern bestrebt wären, während bisher die Deutschnationalen und Volksparteiler alle Prüfungen und Demütigungen, die der deutschen Nation zugefügt wurden, heimlich begrüßten, weil bisher die Quintessenz ihres vaterländischen Zornes nur egoistische Parteipolitik, nur auf die kommenden Reichstagswahlen berechneter demagogischer Stimmenfang war.

Zum Glück für das Volk sind sich die Rechtsparteien unserer militärischen Machtlosigkeit ebenso klar bewußt, wie wir, so daß sie als Regierungskoalition die sinnlose Spielerei mit der Revanche zum alten Plunder werfen und auf Geheiß der Entente genau in derselben Weise bestrebt sein würden, die militärischen Bedingungen zu erfüllen, wie bisher die Linksparteien. Wir wissen zwar nicht, ob die Entente einer Rechtsregierung jene Erleichterungen auf diesem Gebiete bewilligen würde, aber wir können uns von vornherein ihre Aufgabe als bedeutend leichter vorstellen als die unsrige. Denn die Rechtsregierung würde die Reichswehr als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse ausbauen, sämtliche republikanisch gesinnten Elemente aus ihr entfernen und die gerade für die Entlassung fälligen Baltikumer, Freikorpsangehörigen und sonstigen Kappisten an deren Stelle setzen. Darüber sind wir uns also im klaren, daß vom außenpolitischen Standpunkt die Ersetzung des Sozialisten Noske, der mit untauglichen Mitteln eine verfassungstreue Reichswehr zu schaffen versuchte, bzw. des Demokraten Geßler, der sich hilflos gegen die Umgarnung durch die Militärkamarilla wehrte, durch einen einer reaktionären Regierung dienenden, schrankenlos waltenden reaktionären General gewisse Erleichterungen mit sich bringen würde. . . . Denn den beschränkten französischen Militaristen ist die buchstäbliche Enthaltung der Versailler Bedingungen viel wichtiger, als der Geist der deutschen Wehrmacht. Und sie würden zwar das Ruhrrevier oder den Maingau besetzen, wenn beim festgesetzten Verminderungstermin die deutsche Reichswehr aus 101 000 Republikanern bestände, wären aber durchaus befriedigt, wenn die Reichswehr pünktlich auf genau 100 000 Freikorps- und Baltikumsoldaten herabgesetzt sein würde.

Es war überhaupt das tragische Schicksal der deutschen linken Koalitionsregierung, daß sie bei der Entente genau das Gegenteil einer Unterstützung fand. Man mußte vielmehr seit ihrem Bestehen den ganz bestimmten Eindruck gewinnen, als ob die Regierungen der Alliierten, und ganz besonders die französische Regierung, es auf eine Schwächung der deutschen Republik oder zumindest der deutschen Sozialdemokratie abgesehen hatte.

Die Gründe für diese eigentümliche Behandlung sind mannigfaltig. Der nächstliegende ist die Abneigung, ja der Haß, mit denen das bürgerlich-reaktionäre Frankreich der Arbeiterklasse überhaupt, der deutschen wie der eigenen, gegenübersteht. Nicht die deutsche militaristische Reaktion, die durch Niederlage und Revolution beseitigt war, war der französischen Bourgeoisie zum Feind geworden, sondern die deutsche Sozialdemokratie, von der man allerhand ansteckendes marxistisches Unheil befürchtete. Diese zu schwächen war die Hauptaufgabe, die sich die französische Regierung gestellt hatte; zumal diese Sozialdemokratie die glühendste Trägerin der großdeutschen Staatsidee und die erbittertste Gegnerin der separatistischen Bewegungen geworden war. Zwar kokettierte man mit den Unabhängigen, auf deren Unterstützung man bei der Frage der Friedensunterzeichnung rechnete, ja, man affektierte sogar Mitleid mit den Spartakisten, so nach der Niederwerfung der bayerischen Räterevolution — in Wirklichkeit aber fürchtete und haßte man alles, was proletarisch ist und sozialistisch denkt.

Und nicht allein in Deutschland! In ganz Europa dasselbe Bild, dieselbe Schwächung der Sozialisten, die Unterstützung der ärgsten Reaktionäre: in Ungarn unterstützten Franchet d'Esperey und Oberst Cunningham die Leute um den Erzherzog Josef und Admiral Horthy, in Oesterreich hielt der Franzosengesandte Allizé, mit dem wir bedacht werden sollen, zu den Christlich-Sozialen, diesen Hauptschuldigen am Kriege, gegen Otto Bauer und die deutschösterreichische Sozialdemokratie, in Rheinland unterstützte man die einstigen U-Boot-Kriegler und Annexionisten der „Kölnischen Volkszeitung" und verfolgte man die Sozialdemokraten, verbot ihre Zeitungen, sperrte ihre Redakteure ein oder wies sie aus.

Die stärkste Unterstützung der deutschen Reaktion bestand jedoch in der konsequent durchgeführten Gewaltpolitik von Compiègne und Versailles, über deren Folgen man sich unmöglich im unklaren sein konnte: eine konkrete Folge dieser Gewaltpolitik ist die Wahl vom 6. Juni.

Und so kommen wir zu der Hauptfrage, ob Stinnes und seine Leute der Entente nicht viel genehmere Partner wären, als die Linkspolitiker der bisherigen Koalitionsregierung.

Diese Frage ist, nach allem Vorangegangenen, zumindest, was Frankreich anbelangt, kaum zu verneinen. Heute ist Stinnes in den Augen der regierenden großkapitalistischen französischen Bourgeoisie nicht mehr der Mann, der die annexionistische Denkschrift der Großindustriellen-Verbände inspirierte, der die belgischen Arbeiterdeportationen — nach seinem eigenen Geständnis — anregte, der sich an der von seiner Gruppe empfohlenen Zwangsliquidation belgischer Industriewerke bereicherte, er ist der Mann, mit dem sich großzügige Geschäfte auf Kosten des französischen und des deutschen Proletariats machen lassen. Und als vor einigen Tagen Herr Hugo Stinnes in Paris zu den Wirtschaftsbesprechungen eintraf, da schrieb der „Temps" eine kleine Notiz, in der er auf die hervorragende Stellung Stinnes im deutschen Großunternehmertum, man könnte fast sagen, respektvoll hinwies. Derselbe „Temps", der vor Jahresfrist in einer Begründung der Versailler Bedingungen gehässig schrieb: „Was wir wollen, das ist, das deutsche Volk nach allen seinen Untaten am Genießen zu verhindern." Darunter versteht die französische Bourgeoisie wohl das massenhafte Verhungern von Säuglingen in Wien oder im deutschen Erzgebirge. Aber Herr Hugo Stinnes — das ist etwas ganz anderes . . .

Nach alledem wird man es verstehen, wenn wir keinerlei Neigung mehr zeigen, eine Sündenbockarbeit zu leisten, die weder im In- noch im Ausland Verständnis begegnet. Vielleicht steht jene oben geschilderte französische Stimmung im Gegensatz zu einer etwas spät erlangten Erkenntnis auf seiten Lloyd Georges und Nittis. Vielleicht wird bereits in Spa ein neuer Kurs eingeschlagen werden. Wenn dies der Fall sein sollte und eine Rechtsregierung am Verhandlungstisch die Früchte dieser unserer undankbaren Arbeit ernten sollte, die die Reaktion unausgesetzt bestrebt war, zu erschweren, dann werden wir es im Interesse des deutschen Volkes begrüßen. Ein spätere Zeit aber wird das weltgeschichtliche Verdienst der bisherigen Koalitionsregierung und speziell der deutschen Sozialdemokratie besser zu würdigen wissen, als das undankbare, irregeführte, aufgehetzte deutsche Volk es am 6. Juni getan hat.

Die Sozialdemokratie im Schlepptau?

Das Kopfzerbrechen über die kommende Regierungsbildung dauert an. Noch niemals ist wohl im Deutschen Reich so viel gerechnet worden wie in den letzten 24 Stunden. Zahlen türmen sich auf Zahlen, es wird addiert, subtrahiert, wie man es jedoch macht, es kommt nichts Tragfähiges heraus.

Unverkennbar ist die wachsende Verlegenheit der Rechten. Während sie jedoch noch gestern der Sozialdemokratie gegenüber stolze Zurückhaltung bewahrte, macht sich heute das deutliche Bestreben bemerkbar, sich dieser in Liebe und Freundschaft zu nähern und Vergangenes vergessen sein zu lassen. Die „Tägliche Rundschau", das führende Berliner Organ der Stresemänner, glaubt uns bei der Ehre packen zu sollen. Sie schreibt:

Parteien, die sich wegen Verkennung ihres Edelmutes, wegen vermeintlichen Undanks oder wegen Parteischwäche in den Winkel stellen und schmollen wollten, würden sich selbst das Recht, als politische Parteien zu gelten, aberkennen. Es gilt für sie so gut wie für die anderen, das Gebot mitzuarbeiten und aus dem Geschehenen das Beste zu machen versuchen. **In erster Linie tritt dieses Gebot an die Mehrheitssozialisten heran, die mit 109 Mandaten immer noch bei weitem die größte Partei sind.**

Das alldeutsche Blatt ist im Irrtum. Wenn wir erklären, mit den Stinnes und Konsorten nicht mitmachen zu wollen, so geschieht das nicht aus Sehnsucht aus dem Schmollwinkel, sondern aus dem Grunde, daß für ein Zusammenarbeiten mit einer Partei, deren kapitalistische Tendenzen ganz unverhüllt und deren monarchistische Bestrebungen unter einem dürftigen republikanischen Mäntelchen nur schlecht verborgen sind, die gemeinsame Plattform für die Sozialdemokratie zu schmal ist, als daß auch nur das Mindestersprießliche für die Arbeiterschaft dabei herauskommen könnte. Die Kübel voll Schmutz und Unrat, die auf alle links von Stinnes Stehenden während der langen Wochen des Wahlkampfes gegossen wurden, und deren Schmutzflut sich in unaufhörlicher Flut insbesondere auf die Arbeiterschaft herabgoß, das alles ist mit einem Mal nicht gewesen, und die „Tägl. Rundschau" fragt mit gekünstelter Naivität, wer jemals im Wahlkampf an eine Regierung gegen die Arbeiterschaft gedacht habe? Die Deutsche Volkspartei habe wiederholt kundgegeben, daß an einen Wiederaufbau des Reiches nur mit, nicht gegen die Arbeiterschaft zu denken sei. So schreibt sie in nicht ganz einwandfreiem Deutsch, und glaubt damit, daß unsere Genossen versöhnt den Stresemännern in die Arme sinken könnten.

Wesentlich einsichtsvoller ist die „Post", die betrübt feststellt, daß die Verbindung von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, d. h. die Erweiterung der gewesenen Koalition nach rechts, an der Haltung der Sozialdemokratie zu scheitern scheine. Im übrigen weint sie — hierin nicht mehr ganz originell und durch ihre Freunde Kapp und Lüttwitz überholt — den Fachministerien eine stille Träne nach.

Mit außerordentlich interessanten Enthüllungen wartet der „Lokal-Anzeiger" auf. Er schreibt:

Die Deutschnationale Volkspartei dürfte, wie uns von maßgebender Seite versichert wird, bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Mehrheitssozialisten teilnehmen. **Voraussetzung ist natürlich, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht gezwungen wird, von ihren Hauptgrundsätzen abzuweichen.**

Wenn also die Sozialdemokratie als braves Kind sich für Wiedereinführung der Monarchie unter dem glorreichen Zepter Wilhelm II., wenn sie sich für den „Herr-im-Hause-Standpunkt" des Unternehmertums, wenn sie sich für Beseitigung des parlamentischen Systems, für Wiederaufrichtung des Militarismus und für Wiedereinführung des nach konservativer Anschauung „nahezu idealen" Dreiklassenwahlsystems einsetzt, dann werden die Deutschnationalen gnädigst bereit sein, zusammen mit uns in eine gemeinsame Regierung einzutreten. Wir danken!

Von der „Deutschen Volkspartei" weiß der Lokal-Anzeiger" zu berichten, daß sie „im Interesse des Vaterlandes" bereit sein wird, in eine Koalition einzutreten, in der die Sozialdemokratie gleichfalls vertreten ist. Jedoch gleichfalls nicht so ohne weiteres.

Als Vorbedingung zu dem Eintritt in die Koalition wird die Partei außerdem noch einige Forderungen stellen, von denen sie unter keinen Umständen abweichen wird. Sie wird verlangen, daß nach Spa wirkliche Staatsmänner und keine Parteimänner entsandt werden, daß **nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert wird, daß das Beamtentum von der Politik verschont bleibt** und daß **die Staatsautorität wiederhergestellt** wird. Diese letzte Forderung kann nach der Ansicht der

---

C. Dobrogeanu-Gherea †.

Von A. S. Wolja.

Der internationale Sozialismus hat wieder einen schweren Verlust erlitten. Der Tod hat einen der Aelteren und Bedeutendsten unter den lebenden geistigen Kämpfern für das sozialistische Ideal aus seinen Reihen entrissen. C. Dobrogeanu-Gherea, der hervorragende Theoretiker des rumänischen Sozialismus ist gestorben. Wir erhielten auf privatem Wege die Kunde, daß am 10. Mai 1920 seine Beerdigung in Bukarest stattgefunden hat.

Dobrogeanu-Ghereas Jugend war sehr abenteuerlich. Einer russisch-jüdischen Familie entstammend, wurde er schon als junger Student wegen Teilnahme an der russischen revolutionären Bewegung zu Gefängnis und Verbannung verurteilt. Nach einer abenteuerlichen Flucht kam er nach Jasi (Rumänien), wo er zunächst als Schlossergeselle sein Dasein dürftig fristete, stets aber für die Sache der Revolution kämpfend. Später sehen wir ihn als Verkäufer von warmen Getränken auf der neuerrichteten Bahnstation Ploesti, wo er im Winter den Fahrgästen während des kurzen Zugaufenthaltes Thee, Kaffee und dergleichen, die er auf einem Tablett trug, darbot. Nachher erhielt er die Konzession, einen Verkaufsstand auf dem Bahnsteig zu errichten und verabreichte da den Gästen neben warmen und kalten Getränken auch warme und kalte Speisen. Heute ist das Bahnhofrestaurant in Ploesti das erste Restaurant Rumäniens, auch den Ausländern bekannt durch die vorzüglichen Speisen und durch die billigen Preise.

In der freien Zeit, die ihm diese mühevolle Arbeit zwischen den Zugfolgen ließ, fand er Muße, Bücher eifrig zu lesen und zu schreiben, die Lücken seiner Bildung auszufüllen, sich mit den theoretischen Problemen des Sozialismus zu befassen. Er erzählte mir, wie er in seinem Gastwirtsberuf, als er in der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt war, den Beschimpfungen und Roheiten der hochfahrenden Fahrgäste ausgesetzt war, die nicht ahnten, daß das Hirn dieses Gastwirtes damals schon sich mit den größten und schwierigsten sozialen Problemen befaßte. Der Landessprache kaum kundig, sehen wir ihn bald in den ersten Fachzeitschriften Rumäniens an der Diskussion der aktuellsten Probleme der literarischen und sozialen Kritik sich in hervorragender Weise beteiligen. Es gelang ihm, sich in kurzer Zeit einen sehr beachtenswerten Namen auf diesem Gebiete zu verschaffen.

Die Entwicklung des sozialistischen Gedankens in Rumänien ist untrennbar mit dem Namen Dobrogeanu-Ghereas verbunden. Er war der geistige Vater der rumänischen Bruderpartei. In der von ihm herausgegebenen Zeitschrift: „Contemporanul" sowie in zahlreichen Broschüren und in der sozialistischen Presse hat er, mit dem Rüstzeug der marxistischen Wissenschaft und mit einem glänzenden polemischen Talent behaftet, einen erfolgreichen Kampf gegen den damals stark verbreiteten Anarchismus geführt, den wissenschaftlichen Sozialismus und die materialistische Geschichtsauffassung in populär-wissenschaftlichen Aufsätzen verbreitet und so den theoretisch-sozialistischen Kern gebildet, um den sich eine große Schar begeisterter Idealisten gesammelt hat, die sich zu einer sozial-demokratischen Partei gruppierten.

Darüber hinaus war er unbestritten der erste Literaturkritiker Rumäniens. Bis zu seinem Auftreten war die Kritik in Rumänien im seichten, unfruchtbaren Gewässer der psychologischen Stude steckengeblieben. Ein Schüler Karl Marxens und Georg Brandes, wandte er zuerst in Rumänien die sozialologische Methode, die materialistische Geschichtsauffassung in der Literaturkritik an und befruchtete so diese ungemein.

Durch eine Reihe frisch geschriebener Streitschriften gegen die damalige offizielle Schule, die die Romantik, d. h. den Konservatismus, die Reaktion, die „Sehnsucht nach den alten guten Zeiten" auf dem Gebiete der Politik, der Wissenschaft der Soziologie und der Literatur vertrat, gelang es Gherea in kühnem Vorstoß gegen den hervorragendsten Vertreter dieser Schule, Titu Maiorescu, Professor der Literaturgeschichte und weiland konservativer Ministerpräsident, die Weltfremdheit, Hohlheit und Rückständigkeit dieser Schule bloßzustellen und seiner eigenen Methode, die den Fortschritt repräsentierte, das Feld zu erobern.

Gherea war nicht nur ein Gelehrter, sondern auch ein glänzender Schriftsteller, ein Dichter und ein Pädagoge. Seine Schriften zeichnen sich nicht nur durch ein tiefes und sicheres Beherrschen des behandelten Stoffes, sondern auch vor allem durch die vollendete Sprache, durch seinen temperamentvollen, polemisch-geist- und bildnisreichen, klaren Styl, der namentlich seine sozialen und literatur-kritischen Essais zu den auserlesensten und gelesensten Schriften in Rumänien gemacht hat. Sein poetischer Essai über Taras Schewtschenko, dem Dichter der Ukraine, ist mehr ein Erzeugnis der Dichtkunst als der Kritik.

Seine literatur-sozial-kritischen Schriften werden, obwohl vor mehr als drei Jahrzehnten geschrieben, heute noch in allen Kreisen der Bevölkerung und namentlich von der reiferen Jugend, nicht nur der sozialistisch orientierten, mit lebhaftem Interesse und mit Hochgenuß gelesen. Er war der Jugend nicht nur Lehrer, sondern im besten Sinne des Wortes auch Erzieher.

Im Jahre 1910 veröffentlichte Gherea ein größeres Werk über die „Neuhörigkeit", eine „sozial-ökonomische Studie über das rumänische Agrarproblem". Dieses Werk gibt eine gründliche Analyse der rumänischen sozialen Frage, unter Anwendung der geschichtsmaterialistischen Methode. Es ist das beste, was auf diesem Gebiet bis heute über die rumänische Agrarfrage veröffentlicht wurde und reiht sich an die wenigen sozialistischen Schriften, die einen Beweis für die Fruchtbarkeit der marxistischen Methode liefern.

Seine Schriften, sowohl die wissenschaftlich sozialistischen, als auch die literatur-kritischen haben mehr wie lokale, haben kulturell-internationale Bedeutung; leider wurden sie bis heute noch in keine europäische Kultursprache übertragen und sind im Ausland daher unbekannt geblieben. Wir nannten ihn „unser Brandes, unser Plechanoff, unser Kautsky"; in der Tat verkörpert er in seinen Schriften die Vorzüge aller dieser drei ausgezeichneten Persönlichkeiten.

Als Mensch war sein Wesen von einem bezaubernden Reiz. Ein warmes Herz blickte aus seinen gutmütigen Augen, und wer das Glück hatte, seine nähere Freundschaft, oder auch nur Bekanntschaft zu genießen, konnte dieses edle Menschenherz nie mehr vergessen. Sein Haus war ein offenes, gastfreies Heim für alle Verfolgten, Enterbten, Gedemütigten und Beleidigten, und seine spendende Hand hat manchem darbenden Genossen in schwerer Not geholfen. Die von den Schergen des Zaren verfolgten russischen Revolutionäre fanden in Ghereas Haus stets ein gastfreies Asyl, das namentlich im Revolutionsjahr 1905 großen Zuzug hatte. Für die revolutionären Matrosen der meuternden Schwarzmeerflotte, insbesondere für die tapfere Besatzung des unvergeßlichen „Potemkin" hat sich Gherea außerordentlich verwendet, indem er damals bei der rumänischen Regierung den ganzen Einfluß seiner bei Gegnern wie bei Freunden gleich geachteten Persönlichkeit einlegte, um den in Constanza gelandeten revolutionären Matrosen freies Asyrecht in Rumänien zu erwirken. Der russische Schriftsteller Wladimir Korolenko gehörte zu den intimen Freunden Ghereas.

An seinem Lebensabend mußte er trüben Herzens zusehen, wie sein geistes Kind, die rumänische sozial-demokratische Partei sich in den letzten Jahren tollkühn auf den abenteuerlich-abgründlichen Weg des Bolschewismus stürzte. Vielleicht hat diese Entwicklung der rumänischen sozial-demokratischen Partei nicht zuletzt zum Tode dieses ausgezeichneten, klugen, an schmerzlichen Erfahrungen und großen Enttäuschungen reichen Mannes beigetragen, der mit seinem durch sozialökonomisches, philosophisches und literarisches Wissen geschärften Blick die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung viel klarer als seine Umgebung erfaßte, daher das Verhängnisvolle der von seiner Partei eingeschlagenen Richtung erkannte und vor ihr warnte.

Wilhelm Roux, der Leiter des Anatomischen Instituts in Halle, der bedeutende Forscher der Entwicklungslehre, wird heute 70 Jahre alt. Als Schöpfer der „Entwicklungsmechanik" bewies er mit einer Fülle von Versuchen, daß die Zelle, als einfachster Bauteil organischen Lebens, in ihren Formen höchst veränderlich und immer abhängig ist von den chemischen und physikalischen Reizen, die sie von außen her treffen. Die aus dem Zellenmaterial gebauten Organe aber hängen von den Funktionen ab, die sie auszuüben haben, und

Führer der Deutschen Volkspartei nur erfüllt werden, wenn für die Zuverlässigkeit unserer Reichswehr Vorsorge getroffen wird.

Wir können nicht umhin, diese Forderungen als außerordentlich bescheiden zu bezeichnen. Unter den „wirklichen Staatsmännern", die Deutschland in Spa vertreten sollen, sind wohl die Herren Stresemann als Vertreter des alldeutschen und Stinnes als Vertreter des großkapitalistischen Gedankens zu verstehen. Die vorsichtige Formulierung von der „Regierung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten" bedeutet nichts anderes als Beseitigung der bisher in Angriff genommenen Sozialisierungsmaßnahmen, die insbesondere für die Kohlenbesitzer und Grubenmagnaten in der Deutschen Volkspartei außerordentlich peinlich zu werden drohten. Daß die Beamtenschaft wieder in das alte Sklavenjoch der Reaktion gespannt werden und die Reichswehr in den Dienst des monarchischen Gedankens als Vorspann einer Handgranaten- und Maschinengewehrpolitik gegen die Arbeiterschaft gespannt werden soll, ergibt sich als selbstverständliche Forderung aus dem Charakter der Deutschen Volkspartei, hätte also gar nicht erst ausdrücklich betont zu werden brauchen.

Besonders prophetisch gibt sich die alldeutsch-antisemitische „Deutsche Zeitung", die mit der Miene dessen, der genau weiß, behauptet, daß die Koalition, verbreitert durch die eine oder andere der beiden Rechtsparteien, wiederkehren wird, mögen die Mehrheitsgenossen noch so feierlich erklärt haben, sie zu verwerfen!" Was sie hiermit bezweckt, ist klar: Sie selbst gibt für die Deutschnationalen die Parole aus, weiterhin in der Opposition zu bleiben, weil sie sieht, daß man hierbei recht gut gedeiht, und weil die Konservativen von jeher die Partei über das Vaterland stellen und ihr Patriotismus nichts als tönende Phrase und klingendes Erz war. Aus diesem Grund — und nur aus diesem — soll die Sozialdemokratie in die Koalition mit den Nationalisten eintreten und für die Alldeutschen wieder einmal die Kastanien aus dem Feuer holen.

Ein äußerst kräftiges und zutreffendes Wörtlein für die „nationalen" Parteien findet das „Berliner Tageblatt", indem es schreibt:

Die Deutsche demokratische Partei muß es angesichts der jedes Maß übersteigenden, gegen alle Begriffe von Anstand und Moral verstoßenden Kampfesweise, die, ganz ähnlich wie von den Deutschnationalen, auch von der Deutschen Volkspartei in ihren Organen, Flugblättern und Versammlungsreden geübt wurde, ablehnen, mit Politikern zusammenzuarbeiten, die diese niedrigen Verleumdungen und Beschimpfungen, diese ganze würdelose Hetze veranlaßt haben oder für sie verantwortlich sind. **Sie kann auch nicht mit Politikern zusammenarbeiten, die als Gegner der Republik auftreten und nicht erklären, daß sie auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehen.**

Was das demokratische Organ hier sagt, gilt Wort für Wort auch für die Sozialdemokratie. Auch uns ist noch in frischer Erinnerung, daß die Verfassung, die allein dem Lande die von den Nationalisten angeblich so ersehnte Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu geben vermochte, von der Deutschen Volkspartei und ihrer reaktionären Schwester in durch und durch undemokratischer Weise abgelehnt worden ist.

Unsere Ansicht, daß der Versuch der „Deutschen Volkspartei", unsere Genossen in die Regierung zu bringen, nicht plötzlich entdeckte Liebe, sondern ein demagogischer Kniff ist, wird von der „Morgenpost" bestätigt, nach der neugewählte Abgeordnete der Deutschen Volkspartei ausdrücklich erklärt haben, es müsse alles versucht werden, um die Sozialdemokratie in die neu zu bildende Mehrheit einzubeziehen. Das sagt genug, und das Bebelsche Wort von dem Mißtrauen gegen die Lobsprüche der Gegner muß auf noch größeres Mißtrauen gegen die Werbeversuche der Gegner ausgedehnt werden.

Das Bild, das sich also im ganzen bietet, ist äußerst unerfreulich. Die nächste Zukunft bleibt nach wie vor verhüllt. Spa steht vor der Türe. Das deutsche Volk harrt auf Wiedergesundung. Hoffen wir, daß noch in letzter Stunde die Möglichkeit entsteht, ihm zu ihr zu verhelfen. Für die Sozialdemokratie gilt im Augenblick der Satz: Wer im rechten Augenblick „Nein" zu sagen versteht und nicht auf durchsichtige Lockungen kapitalistischer Reaktionäre hineinfällt, dessen „Ja" wird eines Tages um so lauter und kräftiger erklingen.

---

diese verändernden Anpassungen, eindringend in verborgenstes Leben, nachgewiesen zu haben, war Roux' großes Verdienst in der Zeit, die Darwins und Haeckels Lehren zum Siege führte.

Die Menschenrechte der Neger. Eine Nationalkonferenz der farbigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten, die in Atlanta im Staate Georgia abgehalten wurde, beschäftigte sich in eifrigen Debatten mit der Lynchfrage. E wurden Zahlen vorgebracht, die zeigen sollten, daß Angriffe auf weiße Frauen nicht die Hauptursache für das Lynchen seien. Von 1985 Lynchfällen in den südlichen Staaten aus den Jahren 1883 bis 1903 waren nur 675 Fälle auf diese Ursache zurückzuführen. In den 30 Jahren von 1888 bis 1918 sind im ganzen in den Vereinigten Staaten 2472 Farbige gelyncht worden, darunter 50 Negerinnen. Davon war nur in 598 Fällen ein Gerichtsverfahren gegen die auf diese barbarische Weise Ermordeten eingeleitet. Wie gegen dieses Lynchverfahren protestierten die Neger auch gegen die andern unwürdigen Ausnahmemaßregeln und verlangten gleiche Erziehung, gleiche Arbeitsmöglichkeiten wie die Weißen und die Abschaffung des „Jim Crow", wie die besonderen Wagen genannt werden, in denen die Neger auf der Eisenbahn und auf der Straßenbahn fahren müßten.

Die Johannes-Fastenrath-Stiftung in Köln hat Ehrengaben u. a. an Paul Zech in Berlin, Hermann Horn in München, Karl Bröger in Nürnberg verliehen. Soviel wir wissen, sind damit zum ersten Male auch sozialdemokratische Schriftsteller berücksichtigt worden.

Eine Marx-Gedenktafel wird im Londoner St. Pancras-Bezirk, in dem die Arbeitervertreter die Mehrheit haben, an dem Hause Maitland Park Road 41, in dem Karl Marx zuletzt wohnte und wo er auch 1883 gestorben ist, angebracht werden.

Theater. Im Lessing-Theater spielt Leopoldine Konstantin die Hauptrolle in der am Sonnabend stattfindenden Erstaufführung von Valdes Lustspiel „Das Glas der Jungfrau", mit dem die Sommerspielzeit beginnt. — In der Volksbühne führt in den beiden Stücken „Eine Landpartie" von Adam Glasbrenner und „Verwickelte Geschichte" von Johann Nestroy Jürgen Fehling die Regie. Die Bühnenbilder und Kostüme sind nach Entwürfen von Hans Strohbach angefertigt.

Franz Tüllbergs „König Schrei", ein vor etwa anderthalb Jahrzehnten veröffentlichtes Werk, wurde vom Neuen Volkstheater zur Aufführung erworben.

Die Ausstellung der Freien Sezession ist noch bis 1. Juli geöffnet.

Gefangenen-Dichter-Abend. Eine Reihe aus der Gefangenschaft heimgekehrter Dichter liest am kommenden Sonntag, abends 7½ Uhr, im Meistersaal zugunsten des Sibirier-Unterstützungsfonds und ähnlicher Vereinigungen in den Gefangenenlagern entstandene Werke aus dem Manuskript vor.

Eisenacher Beethoven-Fest. Das Kunstdezernat der Stadt Eisenach veranstaltet am 3. und 4. Juli ein großangelegtes Beethoven-Fest in Eisenach.

Der Deutsche Werkbund gibt demnächst unter dem Titel „Handwerkliche Kunst" eine Arbeit von Prof. Karl Groß (im Berliner Verlage von Hermann Reckendorf) heraus. Abbildungen der besten Beispiele handwerklicher Kunst, erläutert durch kurze, sachliche Aufklärungen **über ihre Herstellung aus der Feder der ausführenden Künstler.**

Krach in der Rechten!

Deutschnationale gegen Deutsche Volkspartei.

Die bürgerliche Einigkeit zwischen den beiden Rechtsparteien geht bereits drei Tage nach der Wahl heillos in die Brüche. Die Deutschnationalen fühlen sich von den Stresemännern übers Ohr gehauen. Auf eine Bemerkung, daß die Deutschnationalen mit Solz ihre Trophäen zählen, aber nichts damit anzufangen wissen, antwortet unwirsch und erbost die „Deutsche Zeitung":

„Trophäen zählen"? Und noch dazu „mit Stolz"? Für die Rechte als Ganzes liegt dazu ohne Zweifel Veranlassung vor. Für die Volkspartei als solche wohl nicht! Sie hat allerlei Glück — und in Herrn Stresemann einen **recht gerissenen Führer** gehabt! Der Gedanke, in den Tagen des Friedens **im Garten des verständigungswütigen Nachbarn in aller Stille die besten Plätze zu** belegen und dann für die Tage des allgemeinen Kampfes, also **nach gelungenen Einbruch**, mit eben diesem Nachbarn **gegenseitigen Burgfrieden** zu verabreden, — er war glänzend! Auf diese Weise sind die Deutschnationalen mit ihrem Anteil an den Trophäen ja leider nicht ganz so gut weggekommen, wie sie es nach der von den nicht gerade Kardorffisch gerichteten Kreisen der Partei geleisteten Arbeit vielleicht verdient hätten! So mischen sich hier und da in ihren Reihen in den Stolz auch andere Empfindungen!

In Ihrer Wut auf Stresemann hat die „Deutsche Zeitung" hier sogar den bisher offiziell verlangten „gegenseitigen Burgfrieden" verplappert, oder nein, sie hat wohl mit voller Absicht Herrn Stresemann der Oeffentlichkeit als Lügner preisgegeben, jenen Stresemann, der das geschlossene Wahlbündnis wenige Tage vor der Wahl in öffentlicher Erklärung feierlich bestritten hat. Entsprechend dieser Stimmung möchte nun die „Deutsche Zeitung" auch die innig gehaßte Bruderpartei allein die „Früchte" des Sieges genießen lassen, indem sie schreibt:

Die Volksparteiler können sich der Teilnahme an der Mehrheitsbildung nicht entziehen. Die Deutschnationalen müssen etwaigen Ehrgeiz in ihren Reihen entschlossen bändigen und **in der Opposition** bleiben. Nur so können sie ihrer politischen Aufgabe gerecht werden!

Die „Deutsche Zeitung" übersieht, daß der Zutritt der Deutschen Volkspartei zur Koalition nicht genügt, weil durch den alsdann erfolgenden Austritt der Sozialdemokratie diese keine Mehrheit haben würde. Wenn die Koalition der Linken nicht zustandekommt — und gerade die „Deutsche Zeitung" erklärt sie für „unmöglich, weil sie eben unmöglich ist" —, so wird den Deutschnationalen alles nichts helfen und sie werden die „Früchte" ihres Sieges, den sie drei Tage gefeiert haben, aufessen müssen, so sauer ihnen diese Früchte auch schmecken! Im demokratisch-parlamentarischen Staat „siegt" man eben nicht, um in die Opposition zu gehen, und deshalb täte das Blatt der Alldeutschen klüger, mit dem gerissenen Herrn Stresemann enge Fühlung zu nehmen, anstatt sich nun mit seinen Bundesbrüdern in einer Weise herumzukeifen, die an die Verse Heinrich Heines erinnert:

Das grunzt, das heult, das bellt. Ich kann
Ertragen kaum den Duft der Sieger . . .

Neue Mitglieder der Fraktion.

Unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion finden sich eine Reihe neuer Namen, die der Nationalversammlung nicht angehört haben. Es sind dies:

Prof. G. Radbruch, Ludwig Brunner, Friedrich Stampfer, Eduard Bernstein, Max Seppel, Frau Adele Schreiber, Richard Krüger, Ludwig Weigand, O. Hünlich, Friedrich Peine, Heinrich Rieke, Josef Hartleib, Eugen Kaiser, Karl Zörgiebel, Alfred Fellisch, Feuerstein.

Dagegen sind von der Fraktion der Nationalversammlung die folgenden nicht wiedergewählt worden (die mit * versehenen haben nicht kandidiert):

Bader, *Baudert, *Binder, *Frau Blos, *Brühne, *Budde, Burgau, *Davidsohn, *Deichmann, Dietrich, Dröner, Frau Eichler, *Endres, *Ernst, Giebel, *Gölzer, Gruber, *Haack, Hasenzahl, *Heine, *Hense, Hierl, Hoch, Frau Höfs, Hofmann (Schwarzburg), *Holl, *Hug, Jäcker, *Jantzen, *Dr. Jasper, Jungnickel, Katzenstein, Kerngott, Kräzig, Franz Krüger, *Landsberg, Liebig, Frau Lodahl, Frau Lühes, Lüttich, Frau Lutze, *Mauerer, (Müller (Potsdam), *Roske, Ostercroth, *Panzer, *Pfannkuch, *Pokorny, Dr. Quark, *Rauch, *Reek, *Rademann, Frau Röhl, Röhle, *Rückert, Sachse, *Saenger, Salm, Schäfer, *Schädlich, *Schlüter, Richard Schmidt (Meißen), *Schulz (Westpreußen), *Schulz (Posen), *Frau Simon (Westpreußen), *Dr. Singheimer, *Stahl, *Starosson (gestorben), *Steinmeyer, *Stock, Thiele, *Trinks, *Vesper, *Voigt, *Winkelmann, *Winnig.

Die Wirtschaftsregierung.

Politische Projektenmacherei, die in krisenhaften Zeiten in üppigster Blüte steht, hat den Plan einer sogen. „Wirtschaftsregierung" in die Debatte gerufen. Die „Wirtschaftsregierung" soll sich aus führenden Kreisen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels, einschließlich der Gewerkschaften, zusammensetzen, jenseits aller Parteipolitik stehen, und statt im Reichstag im neugebildeten vorläufigen Reichswirtschaftsrat ihre eigentliche Stätte suchen. Abgesehen von der verfassungsrechtlichen Unmöglichkeit dieses Plans leuchtet auch seine politische Unmöglichkeit hervor, denn da der Reichswirtschaftsrat paritätisch zusammengesetzt ist, würde hier der Einfluß der Arbeitnehmer bedeutend geringer sein als im Reichstag, wo er nicht nur die sozialistischen Parteien umfaßt, sondern sich bis zu einem gewissen Grade auch bis in die bürgerlichen hinein erstreckt.

Die „Wirtschaftsregierung" könnte nichts anderes sein als eine notdürftig verschleierte Rechtsregierung und könnte von der Sozialdemokratie nicht anders beurteilt werden als eine solche. Da ist schon besser, wenn mit offenen Karten gespielt wird.

Die Zusammensetzung des bayerischen Landtages.

München, 9. Juni. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" haben eine Berechnung über die künftige Zusammensetzung des bayerischen Landtages einschließlich der sogenannten Landesmandate und einschließlich der Verteilung der fünf von 15 Mandaten auf Grund der Restziffern aufgestellt. Danach wird sich der neue bayerische Landtag folgendermaßen zusammensetzen: 25 Mehrheitssozialisten, 19 Unabhängige, 2 Kommunisten, 65 Bayerische Volkspartei, 11 Demokraten, 12 Bauernbündler und 21 Bayerische Mittelpartei (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei).

Groß-Berlin

Einheitliche Erhöhung der Paßgebühren.

Durch die vor kurzem beschlossenen Aenderungen des Paßgesetzes ist die Möglichkeit geschaffen worden, den veränderten Verhältnissen entsprechend die bisherigen Paßgebühren angemessen zu erhöhen und nach dem Vorgehen fremder Staaten besondere Gebühren für die Erteilung von Sichtvermerken einzuführen. Da diese Gebühren in den einzelnen deutschen Ländern verschieden hoch festgesetzt worden sind, haben die Reichsminister des Innern und der Finanzen allgemeine Richtlinien für die Staffelung der Gebühren aufgestellt, in denen unterschieden wird zwischen Auslands- und Inlandspässen und zwischen einfachen Ausreise-, Rückreise- und Dauersichtvermerken. Im Inlande, wo der Reiseverkehr unbeschränkt ist, besteht natürlich nur ein Recht, aber keine Pflicht zur Führung eines Passes.

Die Gebühren betragen: für Auslandspässe 25 M., für Inlandspässe 15 M., für Inlandspässe im Verkehr mit dem besetzten rheinischen Gebiet, mit den Abstimmungsgebieten und mit Ostpreußen 5 M. Für einfache Ausreisesichtvermerke 15 M., für Rückreisesichtvermerke 25 M. und für Dauersichtvermerke 30 M. Die Ausstellung der für den Verkehr mit Ostpreußen vorerst noch erforderlichen Sichtvermerke erfolgt gebührenfrei. Für bedürftige Gesuchsteller, namentlich für mittellose Auswanderer, können die Gebühren von den Paßbehörden ermäßigt oder ganz erlassen werden.

Verdoppelung der Schaukstteuersätze.

Die preußischen Minister der Finanzen und des Innern haben mit Rücksicht auf die starke Geldentwertung und den wachsenden Finanzbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände die für Schankstteuerordnungen der Gemeinden festgesetzten Steuerhöchstsätze auf das Doppelte erhöht. Diese Höchstsätze können auch in anderen Gemeindeverbänden als solchen mit starker industrieller Entwicklung zugelassen werden, wenn die besonderen örtlichen Verhältnisse, beispielsweise ein starker spekulativer Ankauf von Gastwirtschaften, eine so weitgehende Steuerbelastung rechtfertigen.

2¼ Millionen für Kleinwohnungen.

Die Kleinwohnungsbauten der Stadt Charlottenburg in der Niebuhrstraße haben sich doppelt so teuer gestellt als veranschlagt war. Zu Beginn des Baues waren die 136 Wohnungen mit 2 130 000 M. veranschlagt oder mit rund 15 600 M. für eine Wohnung, dem Fünffachen des Friedenspreises. Jetzt stellen sich die Baukosten auf mehr als das Zwanzigfache des Friedenspreises; die Ueberteuerung beträgt 2 250 000 M. Da der Wohnungsverband Groß-Berlin wegen Erschöpfung der öffentlichen Mittel den beantragten Zuschuß nicht voll gewähren kann, müssen die Mehrkosten von der Stadt aufgebracht werden.

Reichsschulkonferenz.

Die Vorbesprechung der sozialistischen Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz findet am Donnerstag, 10. Juni, vorm. 10 Uhr, im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz, Zimmer 1 (nicht im Rathause) statt.

Eine kommunale Frauenpartei. Für die Groß-Berliner Stadtverordnetenwahlen ist auch eine Vorschlagsliste eingereicht, die mit dem Namen der früheren deutschnationalen Abgeordneten Fräulein von Gierke beginnt. Es handelt sich um die Gründung einer besonderen kommunalen Frauenpartei, die völlig unpolitisch sein und in der kommenden Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung lediglich praktische Arbeit leisten will. Außer Fräulein von Gierke sind als Kandidaten für die Groß-Berliner Wahlen noch vorgeschlagen: Frau E. Zinn-Charlottenburg, die Sozialbeamtin Dr. phil. von Harnack, Hebamme Mehl-Charlottenburg, Frau Hergersberg-Stolp-Wilmersdorf, Bureauangestellte Preschel-Charlottenburg, Frau Herber-Charlottenburg, die Kinderärztin Dr. med. Hoffmann-Berlin, Dr. phil. Stoeber-Damm-Schöneberg und Schriftstellerin Weinberg-Berlin.

Berichtigung. Nicht der Genosse Müntner steht, wie im heutigen Morgenblatt berichtet wurde, an erster Stelle auf dem Vorschlag des V. Bezirks zu den Bezirksverordnetenwahlen, sondern der Genosse Eugen Brückner.

Charlottenburg. Vergebung von Wohnungen im Wohnungsamt. Vor kurzem hat sich ein vom Magistrat Charlottenburg entlassener Hilfsarbeiter Wohnungssuchenden gegenüber als Beamter ausgegeben, dem die Vergebung von Wohnungen untersteht und hat unter dieser Vorspiegelung Wohnungsuchende zur Hergabe von Geld veranlaßt. Es wird, um für die Zukunft dem vorzubeugen, nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vergebung von Wohnungen lediglich durch schriftliche Verfügung des Wohnungsamtes erfolgt. Gültige Zuweisungsscheine müssen die Unterschriften von 2 Beamten tragen, von denen eine die des Dezernenten oder des Bureauvorstehers sein muß. Das Publikum wird gebeten, sofort dem Dezernenten des Wohnungsamtes persönlich (Rathaus, Zimmer 317) Mitteilung zu machen, falls eine beim Magistrat Charlottenburg beschäftigte Person den Wohnungsuchenden irgendwelche Gegenleistung nahelegt, unter dem Vorwande, sie habe auf die Vergebung von Wohnungen Einfluß.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Tablem. Zucker auf 88 gelangt ab heute zum Verkauf. 1 H-Päckchen Süßstoff (21).

Hermsdorf. Donnerstag 250 Gramm holländischen Hartkäse (9).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. Juni.

33. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Graunstraße 11.

Morgen, 10. Juni.

Charlottenburg. 7½ Uhr öffentliche Volksversammlung im Volkshause, Rosinenstr. 4. Tagesordnung: Reichstagswahl und Stadtverordnetenwahl. Referent: Finanzminister Lüdemann.

Schöneberg. 7½ Uhr öffentliche Versammlung in der Hohenzollernschule, Belziger Straße. Die Genossen Czeminski und Kaspar sprechen über „Stadtverordnetenwahl und Sozialdemokratie".

Alt-Glienicke-Falkenberg. 8 Uhr bei Franz Bohn, Grünauer Str., Mitgliederversammlung. **Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen Bedingung.**

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Friseurgehilfen.

In der Versammlung der Streikenden am Dienstag abend berichtete Matuschke namens der Generalstreikleitung. Der von der Gewerkschaftskommission beschlossene Boykott hat eine sehr starke Wirkung ausgeübt. Eine große Zahl von Arbeitgebern hat infolgedessen die Forderungen der Streikenden bewilligt. Die Lage des Streiks ist durchaus günstig. Von einem bedingungslosen Abbruch des Kampfes, wie ihn der Interessenverband der Arbeitgeber verlangt, kann gar keine Rede sein. Die Position der Streikenden ist immer noch so stark, daß sie als unbesiegte Partei in die Verhandlungen eintreten kann, die von unbeteiligter Seite veranlaßt sind und unter unparteiischer Leitung am heutigen Mittwoch beginnen. Das Ziel der Verhandlungen ist, zu einem Tarifverhältnis mit den Arbeitgebern zu kommen.

Die Diskussion ließ keinen Zweifel darüber, daß die Stimmung der Streikenden immer noch eine zuversichtliche ist. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, wodurch sich die Streikenden verpflichten, bis zum Ende im Kampf auszuhalten. Die Vertreter der Gehilfen werden beauftragt, bei den Verhandlungen das möglichste herauszuholen.

Pommersche Gewerkschafter gegen den Entwurf der Schlichtungsordnung.

In einer Konferenz der Gauleiter und Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften für Pommern wurde folgende Entschließung angenommen:

Die für Pommern bestehende Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter und sonstigen Bezirksbeamten der freien Gewerkschaften hat in ihrer letzten Zusammenkunft Stellung genommen zu dem Entwurf der neuen Schlichtungsordnung. Die Anwesenden verurteilten mit aller Schärfe die in dem Entwurf zutagetretende Tendenz, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß sie in ihrer Bewegungsfreiheit zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen durch irgendwelche einengenden Bestimmungen behindert werden. Sollen staatliche Schlichtungsstellen geschaffen werden, so muß unbedingt verlangt werden, daß schon bei der Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse, bei der Bestellung der unparteiischen Vorsitzenden usw. den gewerkschaftlichen Organisationen ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, da die bisherigen Institutionen nicht dazu angetan waren, diesen ein größeres Vertrauen entgegenzubringen.

Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß dieses bei der nochmaligen Umarbeitung des Entwurfes vor allen Dingen eine größere Anzahl Gauleiter und Geschäftsführer der Gewerkschaften hinzuziehen wird, da diese durch ihre bisherige praktische Tätigkeit in der Bearbeitung der einzelnen Fälle vor den Schlichtungsausschüssen genügende Erfahrungen und Kenntnisse gesammelt haben.

Wirtschaft

Zusammenschluß zwischen Schultheiß und Patzenhofer.

Als wir den Aufsatz „Gemeinwirtschaft im Berliner Braugewerbe" ins heutige Morgenblatt gaben, lag die Meldung von einer neuen Fusion, Verschmelzung, der größten Brauereien noch nicht vor. Heute ist auch sie da.

Die Schultheiß-Brauerei hat in den letzten Jahren die Unionsbrauerei, Pfefferberg und Spandauer Berg aufgenommen, während Patzenhofer die Berliner Bockbrauerei übernommen hat.

Von zuständiger Seite wird darüber das Folgende mitgeteilt:

Zwischen den beiden größten deutschen Brauereien, der Schultheiß-Brauerei Akt.-Ges. und der Patzenhofer Brauerei Akt.-Ges. schweben Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses. Die Verhandlungen sind in erster Linie dadurch veranlaßt worden, daß beide Unternehmungen ein ausgedehntes Netz von Niederlassungen besitzen, deren Bedienung bei der außerordentlichen Steigerung der Frachtsätze sowie der sonstigen Vertriebskosten einen Zusammenschluß der beiden Betriebe erwünscht erscheinen lassen. Auch läßt die Möglichkeit eines rationellen Ausgleichs innerhalb der Betriebe und der Verkaufsorganisationen beider Unternehmungen die Durchführung des obigen Planes zweckmäßig und vorteilhaft erscheinen.

Die Schultheiß-Brauerei hat im Januar 1920 die Erhöhung ihres Aktienkapitals von 19 auf 24 Mill. M. beschlossen. Sie zahlt für 1919 eine Dividende von 14 Proz. Der Kurs ihrer Aktien stellte sich an der gestrigen Berliner Börse auf 252,50 Proz. Die Patzenhofer Brauerei erhöhte im Januar 1920 ihr Kapital um 8,8 auf 18,2 Mill. M. Ihre letzte Dividende stellte sich auf 12 Proz., und der Kurs ihrer Aktien betrug an der gestrigen Börse 223,50 M. — Wie wir aus Verwaltungskreisen hören, ist es noch nicht ganz bestimmt, aber wahrscheinlich, daß für den Zusammenschluß der Weg der völligen Verschmelzung gewählt werden wird. Der Absatz der Brauereien läßt augenblicklich sehr zu wünschen übrig, da den Unternehmungen, abgesehen von den ihnen im Herbst 1919 zugebilligten 5 Proz. der Friedensmenge, keine weitere inländische Gerste bewilligt worden ist. Die Produktion ist zurzeit vollständig auf das natürlich viel teurere Auslandsmalz angewiesen.

Die kleinen Brauereien liquidieren.

Die Liquidation haben beantragt die Bierbrauerei Kelbra, Aktienkapital 700 000 Mark. Weiterhin beantragt die Wilhelmshavener Aktienbrauerei, Kapital 800 000 M. Auflösung der Gesellschaft, die Aktienbrauerei zum Plauenschen Lagerkeller in Dresden, Kapital 1,05 Mill. M., die Genehmigung eines Vertrages mit der Schloßbrauerei Niederpoyritz. In allen drei Fällen handelt es sich um Unternehmen, die in den letzten Jahren eine leidliche Verzinsung herauswirtschaften konnten.

Die neuen Schlachtviehpreise.

Durch die Verordnung vom 4. Juni wird bestimmt, daß für die Zeit bis zum 31. Juli 1920 der Preis für einen Zentner Lebendgewicht Schlachtvieh beim Verkauf durch den Viehhalter nicht übersteigen darf bei:

I. Rindern:	
1. Gering genährten Rindern, einschl. gering genährten Fressern (Klasse C)	240 M.
2. Fleischigen Rindern (Klasse B)	340 „
3. Vollfleischigen Rindern (Klasse A)	380 „
4. Ausgemästeten oder vollfleischigen Rindern höchsten Schlachtwertes (Klasse A I)	420 „
II. Kälbern:	
5. Schlachtkälbern im Alter unter 3 Monaten	450 M.
III. Schweinen:	
6. Schlachtschweinen (ausgenommen bei Vertragsmast)	350 M.
IV. Schafen:	
7. Minderwertigen und abgemagerten Schafen (Kl. IV)	240 M.
8. Mageren und gering genährten Schafen sowie Zuchtböcken (Klasse III)	300 „
9. Vollfleischigen und fetten Mastschafen sowie fleischigen Lämmern und Jährlingen (Klasse II)	350 „
10. Vollfleischigen Lämmern und Jährlingen, Hammeln und ungelammten Schafen (Klasse I)	400 „

Gleichzeitig bestimmt eine weiteren Verordnung vom 4. Juni die Aufhebung der Verordnung über die Häutezuschläge.

Die Technik in der Siedlung.

Siedlungswirtschaft, Normen für Breiten und Längen, Gang- und Zufuhrwege an Beeten für gartenbaumäßigen Landwirtschaftsbetrieb als Grundlage für die Normung und Typisierung von Maschinen und technischen Hilfsmitteln für Gartenbauwirtschaft.

Die Durchführung eines Beschäftigungsausgleiches durch Ansiedlung industrieller und städtischer Arbeiter auf dem Lande stellt neue Aufgaben, deren baldige Lösung dringend erforderlich ist. In erster Linie ist es nötig, recht bald Grundlagen für Anlage, Inbetriebnahme und Bewirtschaftung derartiger Siedlungen zu schaffen, weil sich mancherlei Leute ohne jede landwirtschaftliche Erfahrung mit Siedlungsfragen empirisch und einseitig beschäftigen, ohne sich überhaupt über die einzuschlagenden Wege klar zu sein. Die Uebertragung landwirtschaftlicher Erfahrungen des bestehenden Landwirtschaftsbetriebes auf die Neusiedlungen kann gewisse Gefahren in sich bergen, die noch dadurch vergrößert werden, wenn es sich um Neusiedler handelt, welchen diese landwirtschaftliche Erfahrung fehlt und erst durch Instruktion vermittelt werden müßte. Der traditionellen ländlichen Erfahrung des Bauern steht die der schnellebigen Städter, hochentwickelte und geschulte Intelligenz und Aufnahmefähigkeit gegenüber. Man soll deshalb bei diesem hochstehenden Menschenmaterial von vornherein davon absehen, dieselben als Neusiedler ohne weiteres in die von der Klein-Landwirtschaft begangenen Bahnen zu lenken. Man muß vielmehr für die Kleinsiedlungen früherer Städter neue wirtschaftliche und Erfolg versprechende Wege suchen und Unterlagen schaffen, die den Siedlungsgenossenschaften, den Siedlerschulen und den einzelnen Siedlern zeigen, in welchen Formen sich die Siedlungsarbeit im Interesse sowohl der Siedler selbst als auch der Allgemeinwirtschaft entwickeln muß.

Die Technik hat bereits Klein-Bodenbearbeitungsmaschinen für gartenbaumäßige Landwirtschaft entwickelt. Hierzu gehören die vom mitgehenden Führer mit Lenkgabel gesteuerten amerikanischen Motor-Traktoren mit einzubauenden Kultivatorenzinken, Hackgeräten, Reihensäern und Grasmähvorrichtungen und die aussichtsreichen, in der Schweiz geschaffenen und auch in Deutschland schon in Fabrikation befindlichen Meyenburgschen Bodenfräsen. Für diese mit Motor angetriebenen Bodenbearbeitungsmaschinen, soweit sie zur bestellfertigen Vorbereitung des flächenmäßigen Saatbodens dienen, ist die Spurbreite gegenstandslos und kann willkürlich gewählt werden. Treibt man aber Beetkultur, so muß die Arbeitsbreite der von diesen Maschinen gezogenen oder betätigten Bodenbearbeitungsgeräte der Beetbreite oder einem Teil derselben entsprechen, damit man die Bodenbearbeitung in den Gangwegen bzw. die hierzu aufzuwendende Kraft spart. Bei Verwendung dieser Kleintraktoren für Saat, Pflanzenpflege und Ernte hat man schon bei Bemessung der Spurbreite Rücksicht darauf genommen, daß die Antriebsräder die Pflanzen nicht beschädigen, also sich den in Betracht kommenden Reihenentfernungen anpassen lassen. Will man aber das gleiche motorisch angetriebene Fahrzeug außer der Verwendung als Saatbeetvorbereitungsgerät auch als Zugmaschine und Maschinenträger zur Saatpflege und Ernte auf dem gleichen Beet benutzen, so ist es erforderlich, die Trag- oder Außenräder des Fahrzeuges in einer allen Verwendungszwecken desselben (Säen und Drillen, Hacken, Jäten und Behäufeln, Düngen mit Kompost, Stallmist, künstlichem Dünger oder Jauche — dies als Reihenbejauchung — und schließlicherweise zum Ernten) genügenden Spurbreite zu bringen, auf welcher sich die Arbeitsbreiten der auf- oder abzuhängenden Geräte für die verschiedenen Verwendungszwecke aufbauen können. Diese Beetnorm steht in engem Zusammenhange mit der Norm für die zwischen den Beeten befindlichen Gangwege, und zwar soll die Spurweite des Bearbeitungsfahrzeuges der Beetbreite plus einer Gangbeetbreite entsprechen.

Herren, welche an der Lösung der großen Aufgabe mitwirken wollen, eine technische hoch entwickelte Intensiv-Klein-Landwirtschaft in Deutschland zu schaffen, werden um Mitteilung an die Schriftleitung der Zeitschrift „Die Technik in der Landwirtschaft", Berlin W 35, Meinekestr. 12, gebeten. Ingenieur Voigtmann.

Betriebsschwierigkeiten in der mitteldeutschen Industrie. In der Zeulenrodaer Metall- und Holzindustrie ist infolge des schlechten Geschäftsganges die Arbeitszeit stark verkürzt worden, teilweise haben umfangreiche Entlassungen vorgenommen werden müssen. In der Luckaer Schuhfabrik ist dem gesamten Personal zu Mitte Juni gekündigt worden, weil keine Aufträge mehr eingehen. Die Deutsche Claus Schwefelgesellschaft m. b. H. in Bernburg, die während des Krieges zur Versorgung der einheimischen Industrie mit Schwefel errichtet wurde, ist gezwungen, infolge Unrentabilität den Betrieb einzustellen. Die Coswiger Ziegelwerke wollen infolge Absatzschwierigkeiten ihren Betrieb einstellen oder verkaufen.

Leder- und Schuhbörse in Leipzig. Nach mehrmaligen Besprechungen unter Vorsitz der sächsischen Handelskammer mit Vertretern der Häute- und Fellbranche, der Lederfabrikation, des Lederhandels, der Schuhwarenindustriefabrikation und -handel, der Lederwaren- und Treibriemenfabrikation ist die regelmäßige Abhaltung von Häute-, Leder- und Schuhbörsen beschlossen worden, die in Leipzig an jedem 1. Donnerstag im Monat abgehalten werden. Hierzu besonders eingeladen sind die Angehörigen der vorgenannten Geschäftszweige aus dem Freistaat Sachsen, der Provinz Sachsen und Groß-Thüringen.

Aus aller Welt.

Die Flucht nach Rußland.

Paris, 8. Juni. Nach einer Radiomeldung aus Bordeaux haben 640 entlassene Eisenbahner beschlossen, sich nach Rußland zu geben, um an den Wiederaufbauarbeiten der russischen Verkehrswege mitzuarbeiten.

Verantw. für den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Tempelhof; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Ausflüge in die Umgebung:
Das kleine Wanderbuch. 120 Ausflüge. Mit 20 farbigen Karten . . . 9.30
Wandernderer-Führer Hip, Hip, Hurrah! mit 15 Spezialwanderkarten in wasserdichte Leinwand geb. 8.00
Sämtl. Spezialkarten der Berliner Umgebung sind vorrätig!
Buchhandl. Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 76. *

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4763). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Verkäufe

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Zentral-Leihhaus, Jägerstraße 71.

Schutzhunde, Stubenhunde, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schuffland, Palisadenstraße 23. 34/14*

Gardinen, Künstlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 1323*

Sie finden schon von 400 Mark aufwärts erstklassige Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Sommerpaletots, prima Kammgarnhosen ebenfalls spottbillig nur bei Luft, Muskauerstraße 48, parterre, Nähe Görlitzer Bahnhof. 72/2

Kochherde für Laubenkolonien und Notwohnungen liefert A. Schmidt, Berlin, Untere Straße 3 II. †100

Sommeranzug, Friedensware, Größe 48, preiswert. Alexandrinenstraße 44, vorn II links. 46/19

Geschäftsverkäufe

Zigarren- und Papiergeschäft wegen Wegzug billig zu verkaufen Dunckerstraße 90.

Möbel

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und eleganter Ausführung, verkauft direkt an Private zu soliden Preisen. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27, „Bureauhaus-Börse". *

Musikinstrumente

Pianos, Flügel, Harmoniums, neu und gebraucht, Friedensware, größte Auswahl, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Seydel, Spandauerstraße 18, am Rathaus. 1148*

Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Drei-monatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Werner u. Co., Oranienstr. 166. 1562

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 1292

Tierling-Pianos, neu, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 732*

Kaufgesuche

Silberbruch, Goldabfälle, Quecksilber, Platin sowie alle anderen Metalle, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände kauft „Silberschmelze" Herstück, Köpenickerstraße 137, Telephon Moritzplatz 12280. *

Platin, Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn höchstzahlend. Zentrale für Altmetall, Elsasserstraße 78. 1583*

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. *

Kupfer! Messing! Zinn! Quecksilber! Blei, Altguß usw.! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle kauft zu Schmelzpreisen „Metall-Zentrale" 1. Brunnenstraße 11; 2. Fennstraße 48; 3. Beusselstraße 29; 4. Bahnhofstraße 2 (am Anhalter Bahnhof); 5. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229. *

Spiralbohrer sowie sämtliche Werkzeuge kauft zu konkurrenzlosen Preisen Blün, Berlin, Turmstraße 19. 1098*

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Wilmel, Elsasserstr. 29a I. 1259*

Firnis, Lacke kaufen Gebrüder Vorwald, Greifenhagenstraße 3. Rosenthal 2379. *

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Zentrum 339. 842

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Schlenin, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Städtische Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 20 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine Klassen für Spanisch, Russisch: monatlich 30 Mark. Prospekte kostenlos. Leipzigerstr. 123a, Tauentzienstraße 19a. *

Tanzschule Friedrich, Drebenerstraße 22. Anfängerzirkel, Modetanzzirkel. 46/10

Kaufmännische Privatschule Georg Grunow, Belle-Alliance-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechselkunde, Richtigschreiben. Anmeldungen jederzeit. 1082*

Stenographie, Maschinenschreiben 20.—, landwirtschaftliche Buchführung 30.—. Halles Lehranstalt, Potsdamerstraße 116a. 918*

Verschiedenes

Flechten, Leberflecke, Sommersprossen, Gallensteine, Wurmentfernung. Dr. med. Wittkowski, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulusstraße 12. 1688

Möbeltransport. Spediteurgeschäft, Berlin — auswärts, Garantie. Stein, Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5688. *

Erfinder. Patentbureau Packscher, Gertraudtenstraße 15. Zentrum 7800. 752*

Damm, Detektive, Norden 7218, Invalidenstr. 88. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1748*

Arbeitsmarkt

Musterarbeiterinnen, selbständige Kräfte, per sofort bei hohem Lohn gesucht. Max Lesser junior, Backfischkleider und Maids, Kronenstraße 32.

„Vorwärts"-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 5/6, Hauptgeschäft.
Zentrum: Max Menzel, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Westen: Stolpmann, Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, a. d. Graefestraße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
— St. Frik, Prinzenstr. 91, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Franz Arndt, Markusstr. 36. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Karl Mette, Petersburger Platz 4. Stein, Kopernikusstraße 29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Südosten: Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Paul Dils, Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Joseph, Wilhelmshavener Str. 46. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: J. Hönisch, Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Wattstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Straße 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Feuerstein, Bismarckstr. 82.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Dannebera, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Variables".
Buchholz, Blankenburg: W. Buforg, Buchholz, Bahnhofstraße 24.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimer Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg: Eisfeld, Tauroggener Str. 14.
Charlottenburg: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Cöpenick: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Eichwalde, Schmöckwitz: Otto Krone, Eichwalde, Stubenrauchstraße 100.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Krefts, Waldstr. 28.
Friedenau: Petermann, Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Noack, Halensee, Katharinenstr. 4, Gartenhaus part.
Herzfelde: Martin Smollibowski.
Hennigsdorf: Emmulat, Rathenaustr. 7.
Hermsdorf, Glienicke, Stolpe, Bergfelde, Borgsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: A. Pittack, Hermsdorf, Berliner Str. 124.
Johannisthal: Alwin Sammisch, Bismarckstr. 5.
Karlshorst: Frau Stenke, Hentigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: W. Scholz, Giesestr. 90.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme, Schenkendorf: Friedr. Baumann, Königs-Wusterh., Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Emil Wißler, Kietzer Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Lichtenberg, Dorotheenstr. 62. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Lichtenberg III: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Gustav Starke, Dorfstr. 7.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 3.
Lichterfelde-West: Schnebel, Köhlerstr. 1.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 20.
Mahlow: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Mariendorf: August Lein, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Arndt, Berliner Straße.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Neukölln-Britz: Rohr, Siegfriedstr. 26/28. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartramph, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schlabener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Friedrich Glaser, Bernauer Str. 2.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Rißmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Dierlich, Schockstr. 23.
Rahnsdorf: Leichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: Paul Eipel, Edelweißstr. 3.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 8.
Schöneberg: Hermann Obst, Belzigerstr. 27. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Senzig: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Brodauf, Voltastr. 6 I.
Südende: Ludwig, Halskestr. 26.
Steglitz: Gebricke, Steglitz, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau und Reinickendorf-West: Paul Klenast, Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Schmacht, Kaiser-Wilhelm-Str. 18.
Tempelhof: Holz, Hohenzollern-Korso 5.
Trebbin: Göring.
Treptow: Rob. Gramens, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Waidmannslust, Freie Scholle: Karl Reuter, Waidmannslust, Fürst-Bismarck-Str. 3.
Weißensee: R. Meyer, Berliner Allee 61.
Wildau-Hoherlehme: Rub. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Bernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Schubert, Gasteiner Str. 12.
Wollersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Annastr. 10.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Felix Müller, Stubenrauchstr. 23.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.